

Gegen PEGIDA - Für Vielfalt

Warum Gegendemonstrationen wichtig sind

Die ersten „Spaziergänge“ des regionalen Ablegers MVGIDA haben wir hinter uns. Bisher blieb Rostock verschont, wohl auch aufgrund der friedlichen Kundgebungen für Weltoffenheit und Vielfalt, die tausende Menschen in die Innenstadt mobilisierten. An dieser Stelle möchten wir uns nochmal bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die vor Ort waren und für ein buntes Rostock Gesicht gezeigt, Fahnen geschwenkt und Regen ertragen haben. Die Berichte der lokalen Medien bestätigten uns: Rostock ist es gelungen, ein positives Bild auszustrahlen und von vorneherein jenen Platz zu besetzen, den fremdenfeindliche Gedanken aus der Mit-

te der Gesellschaft mehr und mehr für sich beanspruchen.

Aus anderen Städten erreichten uns hingegen Informationen, die leider wenig Überraschendes in sich bargen. In Schwerin demaskierten sich die MVGIDA-

schulgruppe SDS, erzählte uns: „Da marschieren Leute gemeinsam mit bekennenden NPD-Mitgliedern und überzeugten Neonazis, wie Udo Pastörs, Stefan Köster oder Thomas Wulff. Die Mitläufer distanzieren sich in keiner Weise von dem

Gedankengut, das abends in Sprechchören wie „Frei, sozial und national!“ oder „Antisemiten kann man nicht verbieten!“ mehrfach zu vernehmen war. Diesen Menschen muss man sagen, dass sie sich nicht zu beschweren haben, wenn sie als das bezeichnet werden was sie sind – Rassistinnen und Rassisten.“



DemonstrantInnen beispielsweise noch bevor ihr Protestzug überhaupt gestartet war. Phillip Bock, Sprecher der Hoch-

Fortsetzung auf S. 3



Steffen Bockhahn zum Senator ernannt

Mehr dazu auf Seite 6



Hans Modrow erinnert sich an 1989/90

Mehr dazu auf Seite 7



Die BO Graal-Müritz zeigt Traditionsbewusstsein

Mehr dazu auf Seite 13

In dieser Ausgabe

Seite 2: Leserbrief
Seite 3: PEGIDA
Seite 4: Offener Brief des SDS
Seite 5: Kommunalpolitik
Seite 6: Senator Bockhahn
Seite 7: 25 Jahre PDS-Gründung
Seite 8: Landesparteitag

Seite 9: Auschwitz-Gedenken
Seite 10-11: Winterklausur
Seite 12-13: BO Graal-Müritz
Seite 14: Uwe Süßmilch
Seite 15: Veranstaltungen
Seite 16: Griechenland

Editorial

Dass Ihr gerade in diesem Moment den KLARTEXT in den Händen haltet und Euch über die Arbeit unserer Partei informiert, ist keine Selbstverständlichkeit. Um ein Haar hätte sich die SED vor gut 25 Jahren aufgelöst – und es gebe heute einen ganzen Kosmos linker Parteien in Deutschland. Wir hatten Hans Modrow nach Rostock eingeladen, damit er über damals berichtet. Aus der SED wurde die PDS, aus der PDS die Linkspartei – eine starke linke Kraft. Lest mehr über die Veranstaltung mit Hans Modrow und Wolfgang Methling auf Seite 7.

Traditionen zu pflegen ist wichtig, aber im Hier und Jetzt gibt es auch genug zu tun. Viele Genossinnen und Genossen gingen



gegen PEGIDA auf die Straße und trafen auf der Gegenseite auf alte Bekannte: Udo Pastörs & Co. Davon können auch die jungen Genossinnen des Studierendenverbandes berichten. Das Vorgehen der Polizei hatte auch etwas von einem Déjà-vu. Auf Seite 15 findet ihr Termine von Veranstaltungen, die Euch vielleicht interessieren. Geht doch einfach mal hin – der Eintritt ist frei, man lernt was dazu, und die Organisatoren freuen sich. Der KLARTEXT kostet nun übrigens 80 Cent pro Ausgabe.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Einwanderungsgesetz mit bundesweit einheitlichen Regelungen zu schaffen. Unter den Flüchtlingen sowie Asylbewerberinnen und -bewerbern gibt es viele Potenziale, die nicht einfach brachliegen sollten. Deren Nutzung liegt im Interesse der Zuwanderer, aber auch der aufnehmenden Gesellschaft.

Deutschland muss sich verstärkt um eine bessere Integration bemühen. Dazu gehören insbesondere ein rascher Erwerb der deutschen Sprache sowie ein erleichteter Zugang zum Arbeitsmarkt.“

KLARTEXT online

Migrationsbericht 2013 der Bundesregierung ist kein Grund zum Jubeln

Zum Migrationsbericht der Bundesregierung erklärt der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Hikmat Al-Sabty: „Die Zahlen belegen erneut, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, laut Migrationsbericht 2013 ist die Zahl der Einwanderinnen und Einwanderer deutlich gestiegen und sie wird weiter steigen. Insgesamt ist der Bericht kein Grund zum Jubeln.“

Die Bundesregierung lässt zunehmend Menschen nach dem Nützlichkeitsprinzip einwandern. Dabei liegt das Einstiegsgehalt für ausländische Ingenieure und Ärzte unter dem deutschen Durchschnittsverdienst. In der Folge ist Deutschland wenig attraktiv für ausländische Fachkräfte.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein attraktives Programm und ein humanes



Leserbrief

Zu dem Artikel „Seniorenversicherung“ vom Vorsitzenden der AG Seniorenpolitik möchte ich Nachfolgendes ergänzen. Als Mitglied des Weissen Ringes vom Landkreis Rostock möchte ich seine Ausführungen unbedingt erweitern.

Wir kümmern uns um Kriminalitätsraten jeden Alters und jeder Berufsgruppe. Senioren sind bei uns mit ihren Problemen am wenigsten vertreten, obwohl sie von den Tätern – auf Grund ihrer nicht mehr ganz so schnellen Reaktionen – zuerst ausgewählt werden. Die Senioren sollten sich untereinander mehr vertreten und gegenseitig helfen und auf den Weissen Ring und dessen Möglichkeiten hinweisen.

Die Kinder und Enkelkinder sind meist sehr weit weg und wenn man es der Nachbarin erzählt, ist sie manchmal nicht der richtige Hilfspartner. In allen Städten und Regionen gibt es den Weissen Ring, nur informieren müssen leider Sie uns, sonst können wir nicht aktiv werden.

Die Menge der sich meldenden Opfer nimmt seit fünf Jahren kontinuierlich um 20 % zu. Geholfen konnte bisher allen werden. Unsere Hilfe kann darin bestehen:

- Ihnen für ihr Problem kostenlos einen Rechtsanwalt zur Verfügung zu stellen;
- mit ihnen zusammen zur Polizei, zum Gericht oder zur Staatsanwaltschaft gehen;
- eine Unterstützung zu finden, um Ihnen bei entstandenen finanziellen Notlagen zu helfen;
- Sie auf das Opferschutzgesetz und ihre Ansprüche dazu, hinzuweisen.

Nur ein Beispiel aus Ihrem Bereich: Eine sehr aktive Dame wollte die anstehende Mallorca-Fahrt im Seniorenclub der Volkssolidarität bezahlen. Sie hatte bei sich keine Tasche, ihren Schlüssel in der Manteltasche und das Geld in einem faltbeutel in der Hand. Plötzlich wurde sie von hinten von drei Jugendlichen umgestoßen, fiel hin und der Beutel war weg. Sie konnte bei der Polizei nur angeben, dass alle drei Jugendlichen weiße Turnschuhe getragen hätten. Die VS hat uns informiert und gemeinsam mit der Leiterin der VS fanden wir einen sehr guten Weg, ihr die 100 Euro zu ersetzen. Sie konnte die Fahrt mitmachen, und jedes Mal, wenn der Weisse Ring bei ihr im Dorf ist, dürfen wir bei ihr eine Tasse Kaffee trinken.

Rosemarie Berg (Kühlungsborn)

Gegen PEGIDA - Für Vielfalt (Fortsetzung)



„Das in Schwerin war gewiss nicht die bürgerliche Mitte, als die sich die Organisatorinnen und Organisatoren ja immer gerne gerieren. Vielmehr folgten dem Demo-Aufruf von MVGIDA größtenteils junge Männer, die sich nicht nur durch Sprechhöhe, sondern auch durch typische Kleidung eindeutig dem rechts-extremen Spektrum zuordnen ließen. Dazu kommt das Schaffen einer Angst vor dem Islam, die absolut unbegründet ist und lediglich die Resentiments der Menschen bedient.“

hören und die in vielen demokratischen Bündnissen fortwährend diskutiert wird, ist die Frage nach Sinn und Erfolg von Gegendemonstrationen. Wir wollen Euch deshalb ermutigen, weiterhin auf die Straße zu gehen, Leserbriefe zu schreiben und sich den PEGIDA-Phrasen entgegen zu stellen. Natürlich handhaben wir auch eine Auseinandersetzung mit den Befürchtungen von Bürgerinnen und Bürgern, aber sich fremdenfeindlichen Bündnissen anzuschließen und im Schatten rechtsradikaler Kräfte zu marschieren, darf niemals ein Weg sein, Ängste und Sorgen zu artikulieren!

Fortsetzung von S. 1

Auch Benjamin Baumann (Kreisvorstand) war dabei und bestätigte die Eindrücke:

Die Frage, die wir mit Blick auf die vergangenen Demos trotzdem immer wieder

Eva-Maria Kröger

Rotfeder und die Ratlosigkeit

Eigentlich will ich immer selbst entscheiden, worüber ich meine monatliche Gedankenblase zur Wasseroberfläche hinaufsteigen lassen möchte. Da geht mir in diesen Tagen etwas zum Volkstheater Rostock durch den Kopf, das ich den Verantwortlichen dringend ans Herz legen wollte. Auch dem neuen Sozialsenator wollte ich ein paar Bemerkungen mit auf den Weg geben. Aber wieder einmal drängen sich aktuelle Themen vor, über die unbedingt geschrieben werden muss.

Da drängt sich zum Beispiel die unsägliche Pegida-Bewegung in den Vordergrund. Mir wird noch einmal deutlich, dass die Schale zwischen Mensch und Bestie hauchdünn ist. Und sie besteht aus Kultur, nicht aus Religion, wie manche meinen. Es bringt nichts, der Frage auf den Grund gehen zu wollen, wie gewalttätig der Islam als Religion ist. Es geht nicht um Religion - es geht um Politik. In der Welt des Dschihad gilt nur der Aufpeitscher etwas, nie der Beschwichtiger. Religion muss Privatsache bleiben und darf nicht das gesellschaftliche Leben bestimmen, weder die Scharia noch Moses 3, Kapitel 24, Vers 16. „Wer des HERRN Namen lästert, der soll des Todes sterben; die ganze Gemeinde soll ihn steinigen.“ Das steht nicht im Koran, sondern im Levitikus. Wer sich stur nach diesem Bibeltext richtet, der macht sich der Beihilfe zum Mord schuldig. Vers 17 gleich noch dazu: „Und wenn jemand einen Menschen erschlägt, muss er getötet werden.“ Und dass die Schwulen nicht in den Himmel kommen, lehrt uns Paulus.

Sicherlich, im Westen wird niemand mehr gesteinigt und ausgepeitscht. Dass der Westen darum eine Zivilisation der Friedfertigkeit verkörpert, werden die Menschen, deren Angehörige von Drohnen getötet wurden, nicht so ohne Weiteres bestätigen wollen. Bis zu 2000 Ermordete gab es bei einem Massaker der islamistischen Terrorarmee Boko Haram. Darüber ist vergleichsweise wenig berichtet worden. Im arabischen Raum versteht man nicht, wie der Westen islamistische Anschläge in Europa verurteilt, aber kaum Notiz nimmt von der Gewalt, die Dschihadisten im Nahen Osten verüben.

Wenn ich in Sachsen in der Elbe schwimme, sehe ich „normale Leute“, die mich an „normale Leute“ im Bibelgürtel am Mississippi erinnern. Tagsüber stempeln sie sorgfältig Akten, und abends würden einige gern die Kapuze überstülpen und Kreuze brennen lassen.

Aber das Volksempfinden zeigt sich in diesen Tagen von seiner angenehmsten Seite: Beinahe überall, wo Pegida und seine lokalen Ableger auf die Straße gehen wollen, begegnen sie einer Überzahl von Gegendemonstranten. Darauf bin ich Rotfeder stolz.

Es schreit auch das Attentat auf die Redaktion der Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo nach einer Kommentierung.

Aber muss man das wirklich, obwohl man manchmal geradezu ratlos ist? Ich bin bestürzt und traurig, aber auch ratlos. Die enorme Solidarität war eindrucksvoll und wichtig und half sehr.

Politiker und Medien dürfen aber nicht ratlos erscheinen. Sie müssen immer sofort eine Erklärung bei der Hand haben und sofort Maßnahmen verlangen. Wer würde denn einen Politiker wählen, der sagt: Ich bin ratlos, was solche Anschläge angeht, und weiß nicht, wie man sie verhindern kann, obwohl doch schon alles in Grund und Boden überwacht wird.

Die CSU fordert natürlich wieder die Vorratsdatenspeicherung, das war vorhersehbar. Aber die Vorratsdatenspeicherung gibt es in Frankreich seit 2006. Innenpolitiker fordern mehr Überwachung, aber die Terroristen standen längst auf den Beobachtungslisten und den amerikanischen No-Fly-Listen. Sie waren auf den Servern vieler Behörden gespeichert. Der deutsche Innenminister fordert mehr Wachsamkeit, aber wie soll die aussehen?

Charlie Hebdo hat erneut bewiesen, dass die Geheimdienste unfähig sind, Terroranschläge zu verhindern. Sie vergeuden Geld und Ressourcen mit der Überwachung der normalen Bürger. Sie beschränken Bürgerrechte und die Freiheit.

Und sie vernichten so die Werte, die sie angeblich schützen

Das meint eure Rotfeder



SDS: Offener Brief an Lorenz Caffier

Eingekesselt!? Fragen an Minister Caffier zum Umgang mit einer Sitzblockade in Stralsund

Sehr geehrter Herr Caffier, am Montag, den 19.01.2015, kam es in Stralsund zur zweiten Demonstration der als „bürgerliche Bewegung“ getarnten und massiv von rechtsradikalen Kräften durchgesetzten *MVgida*.

Trauriger Höhepunkt dieses Tages war der Umgang mit der Sitzblockade in der Prohner Straße. Nach den üblichen drei Aufforderungen zum Verlassen der Blockade begann die Polizei diese zu räumen, was zur Folge hatte, dass der Demonstrationzug passieren konnte. Hierbei kam es zu den obligatorischen Foto- und Filmaktionen aus dem rechten Spektrum, wogegen sich einige Personen mittels Kleidungsstücken zu schützen versuchten. Was dann geschah, sorgte bei allen Anwesenden für Wut und Unverständnis. Die Demonstration war schon längst außer Sichtweite, dennoch blieben die Personen in der Prohner Straße im Polizeikessel eingeschlossen. Auf die Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage das Ganze geschehe, wurde sinngemäß geantwortet, dass es zu prüfen gilt, wer von den Anwesenden die Blockade nicht verlassen (Ordnungswidrigkeit) und wer sich „vermummt“ (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) hat. Dafür sollte von allen der 50 bis 70 Personen im Kessel die Identität festgestellt werden.

Da die Polizei an diesem Tag sowohl personell, als auch einsatztaktisch deutlich überfordert zu sein schien, dauerte es auch eine geschlagene halbe Stunde bis Verstärkung eingetroffen war. Zu diesem Zeitpunkt war es knapp 21:10 Uhr und gerade die Rostocker*Innen rechneten damit, dass es nun schnell vonstattengehen würde. Nachdem allerdings begonnen wurde, die ersten sechs Ausweise aus dem Kessel zu prüfen, wurde deutlich, dass die Rückfahrt mit dem Zug um 22:00 Uhr doch unverkennbar in Gefahr geriet. So brauchten die eingesetzten Einsatzkräfte vor Ort allein geschlagene 20 Minuten, um diese zu überprüfen und zu kontrollieren. Aufgrund der Solidarität einiger Greifswalder*Innen, kam es dann dazu, dass die meisten Rostocker*Innen im zweiten Durchgang kontrolliert wurden. Zu dem Zeitpunkt war es schon knapp 21:30 Uhr und die Beamt*Innen der Polizei hatten augenscheinlich wenig Verständnis da-

für, dass man nach einer knappen Stunde im Polizei-Kessel bei Temperaturen um den Gefrierpunkt und der Aussicht, den letzten Zug nach Rostock zu verpassen, mit der Situation unzufrieden ist. Auf die Frage nach dem Namen und der Einheit wurde zunächst ausweichend reagiert, um dann später mit der Aussage aufzutrompfen, dass man damit alles verzögern würde. Nach Abschluss der Identifikationsfeststellung durfte man den Kessel verlassen. Leider in die entgegengesetzte Richtung vom Hauptbahnhof. Auch hier bekam man als Antwort auf die Frage, ob man nicht bitte in die andere Richtung gehen könnte, da dort der Bahnhof liege, an dem der letzte Zug nach Rostock abfährt, eine Antwort, die sich wunderbar in die Ereignisse des Tages einfügte. Denn wer kann sich nicht vorstellen, dass Leute, die sich wegen einer fragwürdigen Identifikationsfeststellung mit der Tatsache konfrontiert sehen, eine Nacht am Stralsunder Hauptbahnhof zu verbringen, gerne hören, dass



sie ja (obwohl sie den Anweisungen der Polizei gefolgt sind) nicht hier sein müssten. Dazu äußerte der Beamte Polizeimeister Tonn von der ersten Einsatzhundertschaft sehr deutlich, dass die Situation der Rostocker*Innen nicht sein Problem sei. Schlussendlich kam es, wie es kommen musste – die Rostocker*Innen verpassten den Zug, da sie erst nach 1,5 Stunden aus dem Kessel entlassen wurden, ohne eine Ordnungswidrigkeit oder Straftat begangen zu haben. Glücklicherweise gelang es, für diese Uhrzeit relativ zügig, Fahrgemeinschaften und entsprechende Fahrer*Innen mit Autos zu organisieren.

Doch was kann man für ein Fazit aus den Vorkommnissen ziehen? In der Einschätzung darüber sind wir uns persönlich nicht sicher, ob mehr Beamt*Innen vor Ort wirklich zu einer schnelleren Abfertigung beigetragen hätten. Dafür mutete das ganze

doch zu sehr nach einer geplanten Schikane-Aktion der Polizei an, mit dem Ziel die Personen im Kessel repressiv an der Heimfahrt zu hindern und so für kommende Gegendemonstrationen zu demotivieren. Es ist weiterhin sehr bedenklich, dass eine Gruppe von knapp 50 bis 70 Personen in Kollektivschuld für einige wenige genommen wird, die aus moralischer Sicht keine Verfehlung begangen haben. Ist es etwa verwerflich, dass demokratische Demonstrierende keine Lust darauf haben, von Personen aus einer rassistischen, faschistischen und neonazistischen Demonstration gefilmt und fotografiert zu werden, wo doch jeder weiß, wofür diese Aufnahmen verwendet werden? Ist es verwerflich, sich friedlich und ohne Gewalt einer solchen Demonstration in den Weg zu setzen, um den Rechtsradikalen klar zu zeigen, dass ihre menschenverachtenden Parolen auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns keinen Platz haben? Ist es verwerflich, Polizist*Innen darauf hinzuweisen, dass sie erneut einen gültigen Landtagsbeschluss missachteten, der sich mit eben jener Protestform auseinandersetzt?

In jenem Beschluss, der von allen demokratischen Parteien verabschiedet wurde, heißt es: „Sitzblockaden können im Rahmen des rechtlich Erlaubten ein wirksames Mittel der Demonstration gegen rechtsextremistische Aufmärsche sein. Sie sind aufzulösen, wenn sie die Grenzen zur Straftat überschreiten. Die demokratischen Landtagsfraktionen gehen davon aus, dass die Polizei in diesen Fällen das Versammlungsrecht mit besonderem Augenmaß anwendet.“ Weder konnten wir an diesem Abend feststellen, dass die „Grenze zur Straftat“ überschritten wurde, noch, dass die Polizei mit einem „besonderen Augenmaß“ gehandelt hätte. Daher stellt sich uns die Frage, wie Sie das Vorgehen der Landespolizei, im Speziellen der an der Räumung der Sitzblockade und dem Kessel in der Prohner Straße beteiligten Einheiten, am 19.01.2015 beurteilen, auch mit Blick auf den Landtagsbeschluss „Demonstrationskultur für Demokratie und Toleranz“ vom 03.07.2014 (Drucksache: 6/3130).

Mit freundlichen Grüßen

*Sophie Marschner und Phillip Bock
Sprecher*Innen DIE LINKE.SDS Rostock*

Aus der Rostocker Kommunalpolitik

Statt 2 Sparten am Volkstheater: Sucht die Bürgerschaft nach Alternativen?

Zeit wurde es, dass Politik und Oberbürgermeister sich zusammensetzen und über Alternativen zur umstrittenen 2-Spartenschließung am Volkstheater reden. Ich finde es gut, dass endlich auch andere Möglichkeiten untersucht werden.

Aber: Den Chor zu kündigen ist zwar keine Spartenschließung, aber eine gute Alternative sieht anders aus. 28 betriebsbedingte Kündigungen sind kulturlos. Zudem ist stark zu bezweifeln, dass man auf dem „freien Markt“ problemlos ganze Chöre einkaufen kann, um eigene Opern auf die Beine zu stellen. Außerdem bleibt das Problem bestehen, dass Herr Minister Brodkorb am längeren (Geld-) Hebel sitzt. Segnet er einen möglichen Kompromiss nicht ab, droht erneut die Schließung von Sparten. Diese Abhängigkeit widerspricht unserem Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung. Ich bleibe dabei: Wer dem Theater etwas Gutes tun will, sollte es vernünftig finanzieren. Vor allem die Landesregierung muss ihren Kurs ändern und auch angesichts der PEGIDA-Bewegung alle Einrichtungen stärken, die sich für Demokratie, Bildung – für Demokratiebildung – einsetzen. Das Volkstheater ist eine solche Institution und verdient unseren Schutz!

Eva-Maria Kröger

LINKE unterstützt Bürgerinitiative zur Rettung des Volkstheaters

Am 17.1. haben unsere Genossinnen und

Genossen der Initiative Volkstheater geholfen, tausende Flyer an die Rostockerinnen und Rostocker zu verteilen (siehe Foto).

Neben der Aktion in der Innenstadt haben auch Elfriede K., Inge K., Renate und viele andere sogar in den Stadtteilen noch Materialien verteilt. Wir bedanken uns herzlich für die Hilfe!



Ohne Moos nix los? Aktuelles zum Haushalt der Hansestadt Rostock

Zunächst kann man feststellen, Rostock hat kein Problem mit seinen Einnahmen. Die Stadt hat - wenn überhaupt - ein Problem mit ihren Ausgaben. Eigentlich hatte die Verwaltung geplant, am Ende des Jahres 2014 stolze 8 Millionen Euro übrig zu haben, um einen weiteren Teil der Altschulden abzubauen. Das hat nicht geklappt, obwohl das Steueraufkommen sich sehr gut entwickelt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen weiterhin, genauso wie der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Immerhin! Rostock liegt rund 25 % über dem Landesdurchschnitt M-V beim Pro-Kopf-Steueraufkommen. Gemessen an allen städtischen Einnahmen machen die Steuern in etwa 30 Prozent aus. Die Kasse klingelt also und ist den-

noch leer. Warum? Die Ausgaben fressen unsere Mehreinnahmen leider wieder auf. Vor allem der Bereich Jugend und Soziales beansprucht nach wie vor einen großen Teil unserer Haushaltsmittel. Steigende Kosten im Bereich der Unterbringung von Kindern in Heimen sowie ein dicker Brocken in Höhe von 5,1 Millionen Euro schlagen ungeplant zu Buche. Es handelt sich dabei um eine schmerzhaft Mischung aus einem städtischen Irrtum, falschen Informationen und einer sehr strengen Bundesregierung. Als wir 2012 und 2013 vom Bund Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket bekamen, wurde in Rostock nur ein geringer Teil dieser Gelder durch Anträge abgerufen. Den großen Rest des Geldes wollte die Stadtverwaltung einfach für etwas

anderes ausgeben. Es war damals Steffen Bockhahn, der eindringlich darauf hinwies, dass dies nicht möglich sei. Trotz aller Warnungen behielt die Stadt das Geld und investierte es in andere Aufgaben. Nun will der Bund sein Geld zurück. Deshalb wurden der Stadt in einem Bereich die Zuweisungen massiv gekürzt. Das heißt, unsere „Schulden“ werden quasi verrechnet und von anderen Zuweisungen einfach abgezogen. Das tut weh.

Ebenso schmerzhaft ist ein über 5 Millionen Euro teurer Planungsfehler der Verwaltung. Bei der Aufstellung von Personalkosten wurde ein Fehler begangen, der uns nun zusätzlich belastet. Wir bleiben dennoch optimistisch, dass am Ende eine Schwarze Null stehen wird.

Karsten Steffen

(1. stv. Fraktionsvorsitzender)



Wir sagen DANKE

Im Dezember trafen sich die linken Rostocker Ortsbeiratsmitglieder, die nun nicht mehr aktiv sind und vor kurzem die Gremien verlassen haben. Wir möchten im Namen der Partei DIE LINKE. Rostock, des Kreisvorstandes und im Namen der Fraktion in der Bürgerschaft ganz herzlich Danke sagen.

Danke für Euer jahrelanges Engagement für die Stadtteile und die Einwohnerinnen und Einwohner!

Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin

Kreisvorsitzende



Senator Steffen Bockhahn



ker und freue mich auf diese herausfordernde und ganz sicher nicht immer leichte Aufgabe. Rostock ist eine großartige und lebenswerte Stadt. Ich möchte dazu beitragen, dass dies auch so bleibt und dass möglichst alle dies auch so empfinden können. Wer auf die Hilfe der Kommune angewiesen ist, braucht Unterstützung, Zuspruch und Selbstvertrauen. Der Kontakt zu den Menschen, aber auch den Trägern und den vielen Ver-

antwortlichen in unserer Stadt ist mir daher auch in meinem neuen Amt ganz besonders wichtig.“ Der Kreisvorstand wünscht ihm in seiner neuen Funktion viel Erfolg im Interesse aller Rostockerinnen und Rostocker.

Am 14. Januar hat Steffen Bockhahn endlich seine Ernennungsurkunde erhalten und ist nun offiziell Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport. Immerhin über die Hälfte aller städtischen Ausgaben werden in diesem Senatsbereich verantwortet. Die Amtszeit beträgt sieben Jahre. Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock hatte ihn am 5. März 2014 in diese Funktion gewählt. Genosse Bockhahn übernimmt zugleich die Funktion des 2. Stellvertreters des Oberbürgermeisters. Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit sieht Senator Steffen Bockhahn darin, für Gerechtigkeit und Transparenz der Verwaltungsarbeit zu sorgen. „Ich kenne diese Stadt und die Rostockerinnen und Rostok-

Lebenslauf von Senator Steffen Bockhahn

Steffen Bockhahn wurde 1978 in Rostock geboren. Nach der frühen Kindheit in Reutershagen folgte der Schulbesuch an der 9. Polytechnischen Oberschule „Clara Zetkin und ab 1991 am „Gymnasium am Goetheplatz“, wo er 1997 das Abitur ablegte.

In dieser Zeit begann die politische Aktivität u. a. durch die Mitarbeit im KreisschülerInnenrat. 1995 trat Bockhahn in die Partei (damals PDS, heute DIE LINKE.) ein. Nach dem Wehrersatzdienst als individueller Schwerstbehindertenbetreuer in der Kindertagesstätte „Toitenwinkler Zwerghaus“ folgten Ausbildung und Berufstätigkeit als Redakteur bei zwei privaten Hörfunksendern in Mecklenburg-Vorpommern. Im Wintersemester 2002/2003 nahm Bockhahn an der Universität Rostock ein Studium der Politikwissenschaften und der Neueren Geschichte Europas auf, das er im Jahr 2007 mit dem Abschluss Magister Artium vollendete. Bevor Steffen Bockhahn im Jahr 2009 direkt in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Dr. Dietmar Bartsch, Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Mitglied des Haushaltsausschusses trug Steffen Bockhahn unter anderem als Hauptberichterstatler für das Familienministerium des Bundes Verantwortung. Von 2004 bis 2014 war er Mitglied der Rostocker Bürgerschaft, leitete dort den Finanzausschuss und war von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

An dieser Stelle wollen wir noch ergänzen, dass Steffen viele Jahre auch Mitarbeiter beim KLARTEXT war.

Existenz kommunaler Wohnungsunternehmen sichern

Frisch erschienen ist der Sonderbericht zur Zukunft der kommunalen Wohnungswirtschaft des Präsidenten des Landesrechnungshofes, Dr. Tilmann Schweisfurth. Darüber erleichtert, erklärt unsere wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Regine Lück:

„Endlich erreicht der Sonderbericht den Landtag. Erste Ergebnisse zur Untersuchung der Lage der kommunalen Wohnungswirtschaft in kleineren Städten und auf dem Land wurden bereits im August 2013 vorgestellt, es wurde höchste Zeit für den Endbericht. Die Lage der kommunalen Wohnungsunternehmen in ländlichen Räumen ist mehr als ernst. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, dass sich das Parlament mit diesem Bericht beschäftigt. Meine Fraktion hat deshalb den Bericht auf die Tagesordnung des Landtages im Januar setzen lassen. Ziel muss es sein, dass das Land mit dazu beiträgt, die Existenz der kommunalen

Wohnungsunternehmen zu sichern.“

Warum steht es so ernst um kommunale Wohnungsunternehmen in ländlichen Räumen? Es gibt einige Regionen in MV, die von Abwanderung und Überalterung betroffen sind. Darauf ist die lokale Wohnungswirtschaft nicht vorbereitet. In einigen Dörfern und Ortsteilen stehen dann Wohnungen leer. Jedoch fallen Kosten auch bei Leerstand an und müssen durch Mieten im bewohnten Bestand ausgeglichen werden. Höhere Mieten würden zu noch mehr Leerstand führen. Geld für Ausbau von barrierefreien Wohnungen und energieeffizienten Häusern fehlt. Dadurch dass auf die Wohnungsunternehmen zudem noch Altschulden lasten, ist die wirtschaftliche Existenz dieser Unternehmen im ländlichen Räumen zunehmend gefährdet.

„Es ist unerlässlich, dass die Kommunen mit eigener Wohnungswirtschaft intensiv beraten werden, damit diese die

erforderlichen Entscheidungen treffen können. Das Stadtumbauprogramm muss nach 2016 fortgesetzt werden, Rückbauhemmnisse sind durch flankierende Maßnahmen abzubauen, um den Leerstand zu mildern. Die Unternehmen müssen endlich vom Mühlsteiner Altschuldenentlastet werden. Zudem müssen genossenschaftliche und kommunale Wohnungsunternehmen bei Fusionen von der Grunderwerbssteuer befreit werden.

Bei der Sicherung kommunaler Wohnungsunternehmen kommt es vor allem auch darauf an, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Deshalb ist es gut, dass es seit kurzem auch in MV eine ‚Allianz für das Wohnen mit Zukunft in MV‘ gibt, die sich auch gegenüber der Landesregierung gemeinsam für ihre Interessen stark macht.“, erklärt Regine abschließend.

Vor 25 Jahren: Aus der SED wurde die PDS

Dass es unsere Partei überhaupt noch gibt, ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich die Entwicklung der sozialistischen Parteien in Ost- und Westeuropa nach 1990 vor Augen hält. Um ein Haar hätte sich die SED Ende 1989 aufgelöst und wäre zu einer Fußnote der Geschichte geworden. Stattdessen wurde aus der SED die SED/PDS und wenig später die PDS: Partei des Demokratischen Sozialismus. Daran zu erinnern war das Ziel eines Podiumsgesprächs am 17. Januar im Waldemarhof, zu dem die Rostocker LINKE Hans Modrow und Wolfgang Methling als Zeitzeugen eingeladen hatte. Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Journalisten Michael Schmidt (NDR), der im Dezember 1989 als Delegierter des DDR-Fernsehens zum Sonderparteitag der SED den Umbruch hautnah miterleben durfte.

Einführend schilderte Wolfgang Methling den Prozess der Wende aus Rostocker Sicht. Als Leiter einer Grundorganisation an der Universität bekam er den Zorn zu spüren, der sich bei vielen Genossen jahrelang aufgestaut hatte. Hatte die Rostocker SED 1989 noch ca. 30000 Mitglieder gehabt, waren es Ende 1990 in der PDS nur noch 3000. Noch lange dominierte in der PDS Pessimismus, gleichzeitig erlebte Wolfgang Methling die ersten Jahre nach 1990 auch als anstrengendste und kreativste Zeit. Man wollte den Bürgern zeigen, dass in der PDS vernunftbegabte Menschen aktiv sind, die sich in der neuen Gesellschaft der Probleme annehmen. Die Wahlergebnisse der 90er Jahre waren schließlich ein Beleg dafür, dass man dieses Ziel erreicht hatte.

„Mutig waren wir nicht, aber auch nicht feige“ – unter dieses Motto stellte im Anschluss Hans Modrow seine Ausführungen. Nachdem er im Januar 1989 in einem Brief an Erich Honecker zahlreiche Probleme der Gesellschaft angesprochen hatte, blieb die Chance zur Auseinandersetzung

danach eine neue starke sozialistische Partei entstanden? Hans Modrow hatte Zweifel und wies auch darauf hin, dass er als Ministerpräsident ohne Partei im Rücken hätte zurücktreten müssen. Besonders wichtig war ihm der Hinweis, dass die Partei im Herbst und Winter 1989 viel zum friedlichen Verlauf der Wende beigetragen habe. Das sei heute völlig in Vergessenheit geraten. Die Wahl im März 1990 sei nur nach dem Wahlgesetz sehr demokratisch verlaufen, der Wahlkampf weitestgehend außerhalb der DDR organisiert und finanziert worden. Auch sein distanzierteres Verhältnis zu Michail Gorbatschow wollte Modrow in der Veranstaltung nicht verbergen: Die Rolle der „Siegermacht“ Sowjetunion 1989/90 sei jämmerlich gewesen.

Am Ende schlug Hans Modrow den Bogen zur Gegenwart und fragte, ob die LINKE eine sozialistische



Partei bleiben wird. Nicht wenige Tendenzen sprächen für eine andere Richtung. Dabei sei die friedenspolitische Frage die entscheidende, widersprach er Gregor Gysi, der kurz zuvor die Frage der Umverteilung zum Knackpunkt einer rot-rot-grünen Koalition im Bund erklärt hatte. Es sei die Aufgabe des kommenden Bundesparteitages, in dieser Frage den Rahmen für die Zeit nach 2017 zu setzen, mahnte Modrow. Etwa 50 Besucher hatte die Veranstaltung, es hätten ein paar mehr sein können. Manchmal lohnt sich ein Blick in den KLARTEXT-Terminkalender (Seite 15). „Wo sind die Jungen?“, fragte ein Genosse mit Blick ins Publikum.

mit den nicht mehr weg zu agitierenden Missständen ungenutzt. Stattdessen kam eine „Strafexpedition“ des Politbüros in den Bezirk Dresden, um dort nach dem Rechten schauen. Auch auf dem Plenum des ZK nach dem Rücktritt (nicht Sturz!) Honeckers am 18.10. war der Versuch Modrows, eine Debatte in Gang zu setzen, zum Scheitern verurteilt. Das ging so weiter, bis am 7.11. Willi Stoph zurücktreten musste und Modrow zu seinem Nachfolger bestellt wurde. Übrigens nur als „vierte Wahl“, nachdem zum Beispiel Schalck-Golodkowski abgesagt hatte. Bis zum 3.12. wurschtelte die Partei sich so durch, und erst der Rücktritt von ZK und Politbüro machte den Weg zur Erneuerung der Partei frei.

Vor allem junge Genossen drängten nun auf eine Auflösung der Partei. Doch wäre

Partei bleiben wird. Nicht wenige Tendenzen sprächen für eine andere Richtung. Dabei sei die friedenspolitische Frage die entscheidende, widersprach er Gregor Gysi, der kurz zuvor die Frage der Umverteilung zum Knackpunkt einer rot-rot-grünen Koalition im Bund erklärt hatte. Es sei die Aufgabe des kommenden Bundesparteitages, in dieser Frage den Rahmen für die Zeit nach 2017 zu setzen, mahnte Modrow.

Text und Foto: Carsten Penzlin

LYRIK

Wolfs-PEGIDA (von Jürgen Riedel)

heimlich hoffen
auf Pegelhöchststand brauner Flut
anständig wirkende Bürger im Schafspelz

Pegasus-Ritt (von Jürgen Riedel)

PEGIDA heißt der Wunsch, getarnt
- Zeit noch nicht reif, man ist gewarnt -
Nach machtgeblähter NPD
Als neuer NSDAP



Landesparteitag in Güstrow

Am Tag nach der Wahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten fand in Güstrow die 2. Tagung des 4. Landesparteitages statt. Wir wollen uns ganz kurz freuen, meinte die Landesvorsitzende Heidi Bluhm und übermittelte herzliche Glückwünsche nach Thüringen. Nun gelte es, politischen Mehrwert für die Bürger zu erzeugen. Durch die Unrechtsstaat-Debatte verlor die LINKE einige langjährige Mitglieder. Heidi dankte jenen, die in der Partei geblieben sind und eine differenzierte Diskussion über die Vergangenheit führen wollen. Die Idee des Sozialismus sei in der DDR beschädigt worden, und unsere Partei trage dafür die größte Verantwortung, erklärte die Landesvorsitzende. Es sei aber auch wichtig, die Lebensleistung der Menschen anzuerkennen. Und überhaupt müssten jetzt die politischen Ziele wieder in den Fokus rücken.

Die dafür nötigen Voraussetzungen sind in unserem Landesverband gut. Man sei zu einer Kultur des politischen Streits zurückgekehrt, die Sacharbeit möglich mache, erklärte die Landesvorsitzende und führte als Beweis unsere Kampagnen gegen Kinderarmut und die Gerichtsstrukturreform an. Für unsere Aktionen gegen Kinderarmut gab es viel Zuspruch, und ohne unsere fleißigen Unterschriftensammler würde es keinen Volksentscheid über die Zukunft der Amtsgerichte geben. Die nächste Herausforde-

rung ist unsere deutschlandweite Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben, die in den kommenden Monaten anläuft. Schon jetzt zeigt sich, dass Unternehmen die Zahlung von Mindestlöhnen kreativ umgehen.

Einstimmig verabschiedete der Parteitag den Leitantrag zur Kinderarmut. In der Dezemberausgabe haben wir die wesentlichen Inhalte bereits vorgestellt.

Margit Glasow, Vorsitzende des Sozialausschusses in der Rostocker Bürgerschaft, brachte einen Antrag zur Inklusion ein, der einstimmig angenommen wurde (mehr dazu im nächsten Heft). In Deutschland



leben 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung. Um die schwierige Bewältigung des Alltags z.B. für Sehbehinderte wenigstens ein bisschen nachempfinden zu können, wurden an die Delegierten Simulationsbrillen verteilt.

Helmut Holter ging in seiner Rede hart mit der Landesregierung ins Gericht. Der Staat entferne sich immer weiter von den Men-

schen. Einen Schwerpunkt will die Landtagsfraktion in ihrer Arbeit deshalb auf die Entwicklung des ländlichen Raums legen. Die in der Landesverfassung verankerte Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land müsse mit Leben erfüllt werden, nicht nur mit einigen wenigen Modellprojekten. Die LINKE müsse der Landesregierung Beine machen, forderte Helmut und versprach für 2016 einen Landtagswahlkampf mit Biss und Leidenschaft.

In diesem Jahr stehen in M-V auch Wahlkämpfe an: Über 20 Bürgermeister müssen neu gewählt werden. In Neubrandenburg möchte Torsten Koplin Oberbürgermeister werden, in Stralsund Kerstin Kassner. Dabei können sie auch auf die aktive Unterstützung Rostocker Genossen zählen.

Das Ziel, endlich mal einen reinen Arbeitsparteitag zu machen und innerparteilichen Streit auszublenden, wurde auch zur Überraschung der anwesenden Journalisten er-

reicht.

Aufbruchstimmung habe sie gespürt, meinte die Landesvorsitzende in der Auswertung des Parteitages; es sei gelungen, das Trennende auszublenden und das Einigende hervorzuheben.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: www.original-sozial.de

Gedenken an Auschwitz

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter:

„Am 27. Januar vor 70 Jahren befreite die Rote Armee das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz. Der Gedenktag erinnert an millio-nenfachen systematischen Mord an Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und vielen anderen durch das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten.

Der Internationale Holocaust-Gedenktag ist auch Mahnung für die Gegen-

wart und die Zukunft. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich jeden Tag aufs Neue für eine freie, demokratische und menschliche Gesellschaft einsetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern, das Schüren von Hass gegen Andersgläubige und Andersdenkende Raum greifen. Angesichts der Demonstrationen der so genannten Pegida und deren Ableger ist es wichtiger denn je, dass wir deutlich machen: Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern sind bunt, weltoffen, tolerant. Aufklärung und Prävention gegen engstirnige und dumpfe Parolen sind das Gebot der

Stunde.

Die Linksfraktion begrüßt deshalb auch das Engagement vieler Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler, die sich in vielen Geschichtsprojekten mit den Verbrechen des Nazi-Regimes auseinandersetzen. Sie befragen ehemalige KZ-Häftlinge, protokollieren ihre Berichte und setzen sich kreativ etwa in Theaterprojekten mit dem Faschismus auseinander. Erinnern und mahnen, aufstehen und protestieren sind und bleiben wichtige Bestandteile des Kampfes gegen den Rechtsextremismus.“

Vor 70 Jahren: Rotarmisten befreien Auschwitz

Die VVN-BdA gedachte am 27.1. der Befreiung von Auschwitz. Es sprach Dr. Carsten Penzlin, dessen Rede wir an dieser Stelle dokumentieren (Foto: Wolfgang Bergt):

Heute vor 70 Jahren wurde Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit; 213 Rotarmisten fielen bei den Kämpfen um Auschwitz, wo noch 7600 halb verhungerte und erfrorene Häftlinge ausharrten. Die Bilder aus den Vernichtungslagern der Nazis zeigten den Charakter des Regimes in aller Deutlichkeit; wer diese Bilder gesehen hat, wird sie niemals vergessen, z.B. die überlebenden Kinder von Auschwitz-Birkenau, die den Befreierern ihre eintätowierten Häftlingsnummern zeigen.

Und doch müssen wir heute sagen: mit jedem Jahr, das vergeht, wächst die Gefahr, dass diese Bilder verblassen, dass die Erinnerung verblasst und dass vielleicht einmal das geschieht, wovor sich die unzähligen jüdischen Häftlinge auch fürchteten: dass niemand mehr da ist, der von den

Verbrechen gegen ihr Volk und gegen andere berichtet wird. Dass niemand glauben und begreifen wird, dass so etwas wie Auschwitz überhaupt möglich war. Deshalb sind wir heute hier versammelt, um uns dem Vergessen entgegenzustellen, um das Bewusstsein wachzuhalten, das Bewusstsein da-

für, dass 1945 zwar das 3. Reich ein Ende fand, aber seine Ideologie in vielen Köpfen bis zum heutigen Tag weiterspukt.

Gedenktage sollten keine leeren Rituale sein, sondern die Menschen wirklich berühren und zum Nachdenken anregen, also versuchen wir es einmal und denken darüber nach, welche Spuren 12 Jahre Nazi-Barbarei bis in die heutige Zeit hinterlassen haben. Nationalsozialisten marschieren wieder, sog. besorgte Bürger marschieren hinterher: das haben wir in den vergangenen Wochen gesehen, auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Als Historiker bin ich vorsichtig mit historischen Analogien, aber war es nicht 1933 ähnlich: für gesellschaftliche Missstände, für die eigenen persönlichen Probleme suchte man Sündenböcke; damals waren angeblich die

Juden schuld, heute die Moslems, damals wurde von der jüdischen Weltverschwörung geredet, heute von der Islamisierung des Abendlandes. Ich glaube nicht, dass sich 1933 wiederholt; unsere Gesellschaft ist eine ganz andere: offener, toleranter, wachsamer. Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen so ist, aber es gibt eben auch die anderen, die zwar von einer Islamisierung schwadronieren, in Wahrheit aber doch all jene meinen, die irgendwie anders sind als sie selbst: Moslems, Juden, Homosexuelle, Sinti und Roma, Linke. Diese Gruppen wurden auch von den Nazis verfolgt, viele von ihnen starben in den KZ, weil sie nicht in das Menschenbild der Nazi-Ideologen passten; das Menschenbild von damals ist offensichtlich in vielen Köpfen noch präsent.

In den Herzen vieler Menschen ist sehr viel Hass, da hat Frau Merkel Recht, und wie schnell wird aus bösen Gedanken eine böse Tat, wenn der Täter glaubt, er

nicht kennen. Diese ständige Aufklärung ist wie gesagt ein täglicher Kampf, der niemals ganz zu gewinnen ist, und trotzdem dürfen wir nie aufhören, diesen Kampf zu führen.

Liebe Rostockerinnen und Rostocker, lassen Sie mich zum Schluss noch darauf hinweisen, dass ich diese Rede heute nur deshalb halten kann, weil Rostock 1945 von der Roten Armee befreit wurde. Es war die Rote Armee, die unter unvorstellbaren Opfern halb Europa von der Nazi-Barbarei befreit hat: wir haben die besondere Verantwortung, auch darauf hinzuweisen, denn es wird seit geraumer Zeit in Gedenkrede auch mal vergessen, daran zu erinnern. Dieses politisch gewollte Vergessen ist gedankenlos und manchmal auch tagespolitisch motiviert. Wenn es politische Differenzen zwischen Staaten gibt, müssen sie ausgetragen werden, aber das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz eignet sich nicht dafür. Gerade wir Deutsche haben

nicht das Recht, uns beim Gedenken an Auschwitz moralisch über andere zu erhöhen.

Ich möchte an dieser Stelle den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachim Begin zitieren, der selber politischer Verfolgung in der Sowjetunion ausgesetzt war: „Verglichen mit der allgemeinen ko-

lossalen Katastrophe unseres Volkes hat mein Schicksal keine Bedeutung. Während dieser Katastrophe erwies die Sowjetunion den Juden unerwartet eine unschätzbare Hilfe. Ich werde mich immer daran erinnern, und kein Jude hat das Recht, dies zu vergessen.“ In der Roten Armee kämpften eine halbe Million Juden, von denen 200.000 ums Leben kamen. Wenn in Israel am 9. Mai der Sieg über Deutschland gefeiert wird, dann auch mit russischen Kriegs- und Partisanenliedern.

Das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz sollte ein gemeinsames Gedenken aller Völker sein, hier können Brücken geschlagen werden, die verhindern, dass sich Geschichte wiederholt. Das liegt in unserer Verantwortung, liebe Rostockerinnen und Rostocker.



handle im Einverständnis mit der Mehrheit der Menschen. Alle Demokraten müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der rechte Rand anders als 1933 nicht in die Mitte der Gesellschaft wuchert, wir müssen überall dort Offenheit und Toleranz verteidigen, wo sie in Gefahr sind, immer wieder deutlich machen, wo die Mehrheit steht. Nicht nur dann, wenn wir Naziaufmärsche blockieren, sondern im Alltag, wo rassistische Vorurteile bis in die Mitte der Gesellschaft leider weit verbreitet sind. Einen Dialog mit Rassisten kann es nicht geben, denn die Werte, die wir verteidigen müssen, sind nicht verhandelbar. Wenn wir heute der Opfer von damals gedenken, müssen wir also auch mahnen, und wir müssen all jene ermahnen, die leichtfertig über Menschen reden, die sie meist gar



Linksfraktion feierte zehnjähriges Jubiläum der Winterklausur



Die Linksfraktion war vom Mittwoch, den 7. Januar bis Freitag, den 9. Januar 2015 in ihrer traditionellen Winterklausur. Die Tagung fand bereits zu zehnten Mal im Trend-Hotel in Banzkow statt, Landkreis Ludwigslust-Parchim. Beim politischen Auftakt am Mittwochvormittag standen die inhaltliche und strategische Ausrichtung der Linksfraktion bis zur Landtagswahl 2016 im Mittelpunkt der Diskussionen. Viel wurde vom Umgang mit PEGIDA und dem kommenden Wahlkampf 2016 gesprochen. Die Linksfraktion spricht sich mehrheitlich für einen Wahlkampf mit dem Ziel einer Regierungsbeteiligung aus. Da die Kräfte der Partei jedoch nicht stärker werden, sprach sich Heidrun Bluhm als unsere Landesvorsitzende für eine gute Vorbereitung und schwerpunktsetzende Kampagnen schon ab diesem Jahr aus.

„Am Nachmittag berieten wir gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten Matthias Crone über Änderungsbedarfe im Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz MV“, erklärte der Vorsitzende unserer Linksfraktion, Helmut Holter. „Ziel sind Verbesserungen für die Petenten etwa durch die Einführung einer öffentlichen Online-Petition.“ Darüber hinaus sollten die Petenten ein Anhörungsrecht im zuständigen Ausschuss erhalten und Petitionen aufschiebende Wirkung für Verwaltungsentscheidungen haben. Der Donnerstagvormittag stand ganz im Zeichen der Prävention und schulärztlichen Untersuchungen. „In MV wird regelmäßig Recht gebrochen, und die Landesregierung sieht zu“, so Holter. Laut dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) seien die Gesundheitsämter verpflichtet, regelmäßig schulärztliche Untersuchungen durchzuführen, was aber

nicht termingerecht und flächendeckend geschieht. „Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Wir werden deshalb Vorschläge erarbeiten, wie dieser Rechtsbruch unverzüglich beendet werden kann.“ Auch der Vorbeugung von Krankheiten müsse wesentlich größerer Raum gegeben werden. „Dafür zahlen die gesetzlichen Krankenkassen lediglich 50 Cent pro Jahr und Versicherten, das reicht nicht aus“, sagte Holter. Zudem müsse Prävention endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, das Gesundheitswesen ist damit überfordert. „Wir müssen das Umfeld lebenswert gestalten und soziale Ungleichheiten verringern. U.a. darüber haben wir uns mit Gästen beraten und Handlungsempfehlungen entwickelt.“ Die Landesregierung ist aufgefordert, den ÖGD materiell und personell so auszustatten, dass dieser seine Aufgaben im Interesse einer wirkungsvollen Prävention erfüllen kann. Die bekannt gewordenen großen Lücken bei den schulärztlichen Untersuchungen müssen geschlossen werden. Die Untersuchungen müssen nicht nur regelmäßig und flächendeckend durchgeführt werden, erforderlich ist u.a. auch ein neuer Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für MV.

Am Donnerstag-Nachmittag berieten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Gäste über das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG). „Auch nach der jüngsten Novellierung sehen wir Änderungsbedarf“, so Holter. Dies betreffe beispielsweise die Fachkraft-Kind-Relation, die weiterverbessert werden müsse. Um den Bildungsanspruch gerecht werden zu können, müssen Erzieherinnen und Erzieher ausreichend Zeit für jedes

Kind haben, um es entsprechend seiner individuellen Fähigkeiten fördern.

„Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, müssen alle Kinder vom 2. bis 7. Lebensjahr einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben. Langfristiges Ziel muss die Kostenfreiheit der Kita sein.“ Ganz deutlich wurde in der Diskussion, dass das Finanzierungssystem insgesamt viel zu bürokratisch ist und dringend vereinfacht werden muss.

Am Abend fand in Banzkow der Neujahrsempfang der Linksfraktion statt.

Am Freitag befassten sich die Mitglieder der Fraktion und Gäste mit der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogramms (LEP) befassen. Darin werden wichtige Ziele für das Land räumlich festgelegt. Zunächst informierte der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Christian Pegel (SPD) über den Stand des Verfahrens und mögliche Entwurfsänderungen. „Ein Schwerpunkt wird die inhaltliche Untersetzung zu den im LEP ausgewiesenen ‚Ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen‘ sein“, sagte Holter. Es müsse deutlich werden, dass diese besonders etwa von Abwanderung, Überalterung und Kaufkraftverlust betroffenen Regionen nicht aufgegeben werden, sondern besonders ins Blickfeld rücken müssen. „Auch dort sind hochwertige und finanzierbare Strukturen der Grundversorgung und Mobilität zu sichern. So bleiben diese Regionen attraktiv und lebenswert. „Wir wollen eine breite Debatte etwa zu möglichen Abweichungen von Standards und rechtlichen Vorgaben sowie erleichterten Zugang zu Förderung oder Programmen. Es geht auch um einen größeren Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum vor Ort.“ In einem weiteren Beitrag erläutert Regine Lück hier im Klartext, was unsere Landtagsfraktion darunter versteht.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Winterklausur (Fortsetzung)



Gute Lebensqualität überall im Land sichern

Die eingeladenen Gäste zum Thema Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) waren mit dem Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Christian Pegel, sowie Prof. Dr. Henning Bombeck von der Universität Rostock, hochkarätig und die Gespräche zur Frage, wie es gelingen kann, gute Lebensqualität überall im Land zu sichern, erwiesen sich als sehr fruchtbar. Prof. Dr. Bombeck ist ein erfahrener Ansprechpartner in dieser Frage, so sucht er in seinen Forschungsschwerpunkten nach Wegen und Mitteln vor Ort, um mit Überalterung und weniger Menschen im ländlichen Raum umzugehen.

Worum es geht, erklärt unsere landesentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Regine Lück: „Im Fokus des LEP stand erstmals die geplante Ausweisung von ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade diese Räume besondere Aufmerksamkeit brauchen mit dem Ziel, gute Lebensqualität überall im Land zu sichern. Sie sind geprägt von besonders geringer Einwohnerdichte, wenig Zuzug, Kaufkraft und Arbeitsmöglichkeiten, die Bevölkerung geht zurück. Dort leben besonders viele alte Menschen und es gibt deutlich weniger Frauen als Männer. Die Ausweisung bedeutet keine ‚Brandmarkung‘ als aufgegebene Regionen, sondern ein besonderes Angebot für kreative Köpfe, vielfältige Ideen sowie ungewöhnliche und innovative Lösungsansätze aus und für diese Regionen. Um Neues auszuprobieren ist es unverzichtbar, diese

Ausweisung mit den erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mitteln zu begleiten.

Die Orte brauchen mehr Entscheidungsfreiheit und Gestaltungsspielraum. Neben einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen sollen Regionalbudgets eingeführt werden,

über deren Verwendung eigenverantwortlich entschieden werden kann. Gute Beispiele, wie das praktisch aussehen kann, gibt es in Schweden. Gebraucht werden zudem ein erleichterter Zugang zu Förderung und mehr Flexibilität sowie leicht zugängliche und unkomplizierte Angebote.

Wir müssen uns einer Debatte über die Öffnung von Standards und rechtlichen Vorgaben widmen und stellen. Dünn besiedelte ländliche Räume haben andere Bedürfnisse als Städte. Denkverbote darf es nicht geben. Zunächst gilt es, die Menschen überhaupt dafür aufzuschließen, sich den radikalen Veränderungen zu stellen und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Die Arbeit von Prof. Dr. Bombeck und seinem Team, der ‚Schule für Landentwicklung‘, beginnt erste Früchte zu tragen. Diese Schulungs- und Informationsplattform will durch Seminare und Workshops die Selbstheilungskräfte der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Kommunalpolitikerinnen und

-politiker wecken, sich für ihre Dorf- und Gemeindeentwicklung zu interessieren. Sie lernen in Seminaren und Workshops Chancen zu erkennen und zu nutzen, um so dem Ort Perspektive zu geben.

Minister Pegel hat im Verantwortungsbereich seines Hauses bereits konkrete Vorstellungen und prüft deren Umsetzung. So könnte etwa die Straßenunterhaltung neben dem Straßenausbau gefördert werden. Die kritischen Stellungnahmen im Rahmen der ersten Beteiligung werden durch das Fachministerium offenbar ernst genommen. So sollen im geänderten Entwurf, der erneut in die öffentliche Beteiligung geht, Entwicklungsperspektiven benannt, inhaltliche Anreicherungen erfolgen und Festlegungen geschärft werden. Das begrüße ich ausdrücklich.

Festzustellen ist allerdings auch, dass die Fachressorts der anderen Ministerien sich nicht ausreichend einbringen und die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels bisher nicht Chefsache ist. Minister Pegel steht ziemlich allein da bei seinem Bemühen, die leere Milchtüte zu füllen – mit konkreten Angeboten, auch in den strukturschwächeren Regionen des Landes gute Lebensqualität auf Dauer zu sichern und Zukunftsperspektive zu bieten. Die Fäden müssen in der Staatskanzlei zusammenlaufen, nur mit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit sind notwendige Veränderungen durchsetzbar. Die Linksfraktion wird in den Fachausschüssen des Landtages weiter Druck machen, damit sich auch die demokratischen Fraktionen ernsthaft und intensiv mit der inhaltlichen Anreicherung des Kapitels zum demografischen Wandel im Landesraumentwicklungsprogramm beschäftigen.“

*Text: Wahlkreisbüro Regine Lück,
Fotos: www.originalsozial.de*



DIE LINKE. Graal-Müritz: Rückblick auf 2014

Das Leben unserer Basisorganisation besteht nicht nur aus der Teilnahme an Tagungen, Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen, aber sie gehören natürlich dazu. Alle unsere Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen sind und bleiben öffentlich, d. h., Gäste sind immer willkommen. Teilnehmer bisheriger Veranstaltungen werden bestätigen, dass uns ihre Meinung schon etwas gilt. Dabei können Sie hier von unseren Abgeordneten immer das Aktuellste aus der Gemeindevertretung erfahren.

Die „Pflege“ der Rosa-Luxemburg-Stele durch unsere Mitglieder, durch SympathisantInnen und Mitglieder des „Freundeskreises Rosa Luxemburg“ im Januar hat schon eine langjährige Tradition (siehe nächste Seite).

Im Mai fand nun schon zum 10. Mal der traditionelle Politfrühschoppen im Hotel „Ostseewoge“ statt, Professor Dr. Wolfgang Methling war unserer Einladung gefolgt. Es war eine interessante Gesprächsrunde, bei der viele Fragen beantwortet wurden.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen am 25. Mai waren wir mit mehreren Infoständen präsent und hatten Einwohner und Gäste unseres Ostseeheilbades zu einem Forum zur Vorstellung unserer Kandidaten in das „Haus des Gastes“ eingeladen. Zur Information: DIE LINKE ist wiederum mit vier Abgeordneten in der Gemeindevertretung vertreten. In den Ausschüssen arbeiten außerdem drei sachkundige Einwohner. An dieser Stelle allen ehemaligen und neu gewählten Abgeordneten und sachkundigen Bürgern ein herzliches Dankeschön.

Besonderen Dank noch einmal unserer langjährigen Bürgervorsteherin Anke Griese für ihre nicht immer leichte Tätigkeit in diesem Ehrenamt.

Wie in jedem Jahr waren wir auch 2014 beim Rhododendronparkfest wieder mit einem Stand dabei. Es gab interessante Gespräche mit Einwohnern und Urlaubern. Mit den Einnahmen der Spenden vom Solibasar unterstützten wir in diesem Jahr die Sanierung des ausgebrannten „Chinagartens“. Das Geld aus einer zweiten Spendenaktion übergaben wir im September 2014. Allen Spendern an dieser Stelle herzlichen Dank für die Unterstützung.

Anfang August hatten wir im Rahmen der Ostseebädertour Dr. Gregor Gysi, Bodo

Ramelow und andere Spitzenpolitiker der LINKEN auf dem Seebrückenvorplatz zu Gast. Sicher hat ihm sein Auftritt auf der Bühne noch einige Stimmen von Urlaubern aus Thüringen bei der Wahl zum Ministerpräsident eingebracht. Tolle Musik kam von der Gruppe JackBeat.

Ebenfalls im August gab es sportliche Betätigung bei einer zweistündigen Kanutour auf der Recknitz, für die Kinder waren Ballspiele angesagt, anschließend wurde gegrillt.



Mehrere Mitglieder gehören dem „Freundeskreis Rosa Luxemburg“ an. In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde am 30. September eine Buchlesung mit Ulrich Frohriep im Konzertpavillon durchgeführt.

Vergessen wollen wir auch nicht unsere KLEINE ZEITUNG. Wir verwenden zwar kein Glanzpapier, bemühen uns aber, jede Ausgabe weiterhin so informativ wie möglich zu gestalten.

Natürlich läuft da noch unsere „Spendenaktion für sozial schwache Kinder Graal-Müritz“ (siehe nächste Seite).

Mitglieder unserer Basisorganisation sind bei der Gestaltung des Moorfestes dabei, arbeiten in der Initiative „Nachbarschaftshilfe“ mit, sind aktiv in der Ortsverkehrswacht und in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität.

Wir sind dabei, wenn es um die Vorbereitung und Gestaltung des Internationalen Kindertages am 1. Juni geht und wir unterstützen die Arbeit des neu gebildeten örtli-

chen Jugendbeirates.

Mitglieder unserer Basisorganisation unterstützten den parteiübergreifenden „Aufruf M-V für Kobane/ Syrien - mach mit“ mit einer Sachspendensammlung Ende November.

Das Jahr ließen wir bei einem gemütlichen Beisammensein im „Chinagarten“ mit einem Büfett und vielen interessanten Gesprächen ausklingen.

Was Sie noch wissen sollten: Im Jahr 2015 wollen wir wieder durchstarten – zum 11. Internationalen Friedensfest am 01. August von 10.00-17.30 Uhr auf dem Seebrückenvorplatz! Lassen Sie sich überraschen!

Allen Mitgliedern unserer Basisorganisation, Einwohnern und Gästen unseres Ostseeheilbades und den Lesern des KLARTEXT wünschen wir ein gesundes und glückliches Jahr 2015. Bleiben Sie schön gesund und optimistisch.

*Andrea Conteduca (Vorsitzende der BO)
und
Jens-Peter Johannssen (Ehrevorsitzender)*

Infos aus der Basisorganisation Graal-Müritz



Dem Wetter und Sturm getrotzt. So könnte man unsere Aktion am 04. Januar zur Reinigung der Rosa-Luxemburg-Stele und des Umfeldes wohl nennen. Dabei kam auch „unkonventionelles Werkzeug“ zum Einsatz.

Es ist schon Tradition geworden: Jedes Jahr im Januar (2015 = 96. Jahrestag der Ermordung) treffen sich Mitglieder, SympathisantInnen oder Mitglieder des „Freundeskreises Rosa Luxemburg“ am Standort der Stele, um Grünspan von der Büste zu entfernen oder aber das Laub im Umfeld zu beseitigen. Danach wurde wie in jedem Jahr ein Strauß roter Nelken abgelegt.

Die Kurzgeschichte zum Standort der Stele können Gäste und Einwohner auf einer Tafel vor Ort nachlesen. Am 15. Januar 1998 übergab der Bildhauer Axel Peters sein Werk aus weißem Marmor an die Gemeinde. Nach eigenen Recherchen soll es in der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Rosa-Luxemburg-Stelen in dieser

Form geben – in Dessau und in Graal-Müritz.

Der Wind und der Regen waren so extrem, dass im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nur wenige Gäste stehen blieben. Was sollten wir nun mit unserem Glühwein machen? Auch im kommenden Jahr werden wir wieder vor Ort sein.

Einige Bemerkungen zu unserer „Spendenaktion für sozial schwache Kinder in Graal-Müritz“. Es gab schon Fragen von BürgerInnen – was macht ihr überhaupt mit den Spenden.

Zur Vorgeschichte: Als Einwohner erinnern Sie sich gewiss noch an unsere Spendenaktion 2006 und 2008, unterstützt durch die Stiftung Graal-Müritz, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Freiwillige Feuerwehr und unzähliger BürgerInnen, für ein Kinderheim in Lettland.

Meinungen wie „Ist ja eine gute Sache, die ihr da macht, aber in Graal-Müritz gibt es auch bedürftige Kinder“ haben wir ernst genommen.

Es wurde ein Konto in der Gemeinde eingerichtet, auf das Spenden eingezahlt werden können. Wofür wurden die Spenden bisher verwendet? Unterstützung der ehema-



ligen plattdeutschen Kindergruppe, Anschaffung von Shirts für die Kinderlaufgruppe, Zahlung Jahresbeitrag für Sportverein, Unterstützung für Klassenfahrt u.a. Bei jeder Veröffentlichung betreffs unserer Spendenaktion betonen wir immer wieder, dass wir für Nachfragen und Anträge gern zur Verfügung stehen.

„Spendenaktion für sozial schwache Kinder Graal-Müritz“ läuft weiter:

Konto bei Gemeindeverwaltung Graal-Müritz;

Spendenkonto für sozial schwache Kinder in Graal-Müritz: OSPA Rostock

IBAN: DE06 1305 0000 0275 2222 25

BIC: NOLADE21ROS

Verwendungszweck: Kinder Graal-Müritz
Rückfragen: Andrea Conteduca, Tel. 74700 oder Jens-Peter Johannsen, Tel. 13580

Ein Angebot von Cuba sí

Kuba steht nicht erst seit heute vor enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der Insel, die neuen ökonomischen Partner oder die stärker gewordene Position innerhalb Lateinamerikas – wer das wirklich Interessante über Kuba erfahren will, hat es gewöhnlich nicht leicht, denn in vielen hiesigen Medien ist kaum Platz für positive Meldungen, oft werden Vorurteile gefestigt, wichtige Zusammenhänge verschwiegen oder Halbwahrheiten präsentiert.

Doch: Wie sieht der Sozialismus Kubas

im 21. Jahrhundert aus? Und wo steht Kuba in Lateinamerika und international? Deshalb bietet die AG Cuba Sí unter dem Titel „Wohin führt der Weg Kubas?“ Vortrag und Diskussion über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landes an.

Der Vortrag, illustriert durch zahlreiche Fotos, Beispiele, Zahlen und Fakten, bietet einen Eindruck der Veränderungen und Perspektivwechsel in der Gesellschaft, Wirtschafts- und Staatsführung, der mit großen Erwartungen nicht nur bei den Kubanerinnen und Kubanern verbunden ist. Im Vortrag soll ein realistisches Bild des Landes vermittelt werden. Die

Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen.

Das Angebot ist kostenlos. Bei Interesse wendet Euch bitte an Cuba Sí in Berlin, Tel. 030 2400 9455 bzw. berlin@cuba-si.org



De Verein is 20, sien Präsident ward 80

Wenn ick hier tau ´n twintigjoehrig Bestahn von „Klön snack-Rostocker 7“ e.V. - Kulturpreisträger der Hansestadt Rostock 2009 - gratulieren un ein persönlich Resümee afgäwen möcht, möt ick 52 Jahr tröch gahn, üm wat oewer denn Urhäger tau seggen.

Dat wier in ´t Jahr 1963, as ick einen Upraup von de „Ostsee-Zeitung“ folgte, an alle Börger, de in ehre Frietied giern schriewen, malen un fotografieren moegen, an einen Wettbewarb deiltaanähmen, de dat Thema har: „Vom Anderswerden“. Ick makte dor mit un kreech Spaß an de Saak. Ick schlöt mi ´n Zirkel künstlerischen Volksschaffens an un fünd dortau in ´t „Haus der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft“ ein gaud Basis. De Leiter von dit Klubhus inne Rostocker Doberaner Straat, wier dunntaamal Uwe Süßmilch. Ick lierte em as ´n kontaktfreudigen Menschen un grotortigen Organisator kennen. He verstün väle ihrenamtliche Frün as Gestalter von musikalisch-literarische Veranstaltungen, Vödräg, Volkskunstzirkel u.a. tau gewinen un ein reget un välsiediget Kulturläben in Gang tau hollen. Dat ganze Jahr oewer wier dor jeden Dach för Arbeitskollektive, Volkskunstgruppen un anner Besäuker wat los. Kein Kulturhus in Rostock, un doroever rut in Meckelnborg, har woll so groten Tauspruch.

Mit de politische Wend in uns Läwen, as dat de DDR nich mihr geef, fünd ok dat Läben im „HdF“ un anner Kulturhüser sien End. Mankein wüst dor ierst mal nix mihr mit sich wat antaufangen. Anners mien Fründ Uwe, de sick schnell besün ´n bewusst wör, dat uns plattdütsch Spraak Hülp brukt, wenn se nich utstarwen sall. Furtan sprök he meist Platt un söchte up disse Ort Frün, de ok uns schön Nedderdütsch moegen.

1995 har hei denn ok soväl tausamen, dat de Plattdütsch Verein „Klön snack-Rostocker 7“ gründt warn künn. Uwe kreech

dat Vertrugen von de Gründungsmitglieder un wör as Vereinsvörsitter wähl.

Nu stün hei ierst richtig werrer unner Damp, üm niege Mitglieder un Sponsoren tau gewinnen, de Versammlungs- und Vödragstätigkeit tau organisieren un ok sülwst noch as Vödrags- un Gesangskünstler uptauträden.

Sien Begeisterung för Plattdütsch hett ok



mi ansteckt: Ick wör mi bewusst, dat ick in mien Kinnertied mit miene Grotöllern un Verwandten up ´n Land ´ bloots Platt sprök un nu doch ok wat för de Erholung un Pläg von disse schöne olle Spraak dauhn möst. Dorüm bün ick ok Vereinsmitglied worn un gehür dor tau de Schriewerslud, de för das Vereins-Maandenbladd schrieben un all oft denn „Rostocker Plattdütschen Dach“ mitgestalt hem.

„Uns Uwe“ - so nennen em fründschaflich uns Vereinsmaaten - hett as Vörsitter rackert un rackert un denn Verein tau grotet Anseihn in Meckelnborg verhalten. De Vörstand hett sik denn all Sorgen üm sien Gesundheit makt un vorschlagen, de Leitungstätigkeit mit einen Präsidenten tau verstärken. Uwe wör nu taun Präsidenten wähl, sien Funktion as Vörsitter hemm

anner Mitglieder oewernahmen. Wenn nu einer gloewen deed, dat de Präsident nu up ´n Ort „Schonplatz“ seet, üm sik utrauhgen, de har sik gewaltig irrt. Dat Gegendeil wier de Fall! De Verein is dörch sienen Elan un Ort ´n gaud Kollektiv tau schaffen, nich bloots an Mitglieder, sonnern ok an kulturelle Aktivitäten wierer wussen. Hier geef dat kein „in eigenen Saft schmoren“. Uterhalw von de monatlichen Vereinsabende sünd hüt väle von uns Mitglieder as ihrenamtliche Unnerholler in öffentliche musikalisch-literarische Veranstaltungen in Seniorenheime un Schaulen sowie bi Präsentationen von ehre eigenen Schriftwarke un de Literatur von Fritz Reuter, John Brinckman, Rudolf Tarnow un annere Klassiker, aktiv. De Leistungen von unsen Verein wörn 2009 mit einen „Kulturpreis der Hansestadt Rostock“ würdigt.

Uns Maaten, Förderer un Sponsoren de am 24. Januar 2015 ehren 20. Johresdach fierten orientieren sik ok taukünftig up wiedere kulturelle plattdütsche Aktivitäten, insbesonnere ok up 2018, dat Jahr von Rostocks Gründung för 800 Jahr.

Uns Verein wör Twintig un uns Uwe ward an ´n 17. März Achtzig Jahr old. Ok dat is ´n Grund tau Fiern üm unsen Präsidenten alles Gaude, vör allem denn Rostocker Jung mit ´n echte plattdütsche Rostocker Tung, Gesundheit tau wünschen, dormit hei noch lang för unsen Verein un dat Läwen von uns plattdütsche Sprak so wierermaken kann.

Kurt Kaiser

Ick bün ´n Rostocker Jung

(von Max Dreyer)

„Hol fast dien Oort! Fast holl dien Saak!

Ick spräk de Sprak

De as Jung up de Straat ick sprök

Bün ´n Rostocker Jung

Mit ´ne Rostocker Tung

Un mien Jugend is, wat ick söök.“

Krieg in der Ukraine stoppen, Humanitäre Hilfe ausbauen!

Im Januar wurde der ukrainische Regierungschef Jazenjuk von Kanzlerin Merkel mit militärischen Ehren empfangen, während die ukrainische Armee weiterhin auf die eigene Bevölkerung schießt. Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko zeigte sich besonders bestürzt angesichts eines Interviews mit Jazenjuk in den Tagesthemen: „Mit der Behauptung, die Sowjetunion habe im zweiten Weltkrieg erst die Ukraine und dann Deutschland angegriffen, hat der ukrainische Ministerpräsident eine Grenze überschritten. Das ist Geschichtsklitterung im Sinne der extremen Rechten.“ Zwischenzeitlich verschärft sich die humanitäre

Notlage der Menschen in der Ostukraine weiter, Menschen sterben nicht nur in direkter Folge der Kriegshandlungen, sondern zunehmend an Krankheiten, Hunger und Kälte. Angesichts dessen rufen Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko zu Spenden für das Kinderkrankenhaus Gorlovka auf: Konto „Hilfe für die Kinder von Donezk“ (Verwendungszweck) bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00 (Kontoinhaber: Wolfgang Gehrcke). Das Geld wird zu 100 Prozent für die Kinderhilfe verwendet, für Medikamente und das, was die Kinder am dringendsten brauchen. Es handelt sich bei dieser Aktion um eine private Initiative, daher können für diese Geldspenden keine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Termine aus HRO und LRO

| Datum | Zeit | Veranstaltung | Ort | Raum |
|-------------|-----------|---|-------------------|-------------------------------------|
| Di., 3.2. | 18:00 Uhr | Nordberatung der BO-Vorsitzenden aus dem Landkreis Rostock zur Vorbereitung der Kampagne gegen prekäre Arbeit | Bad Doberan | Kornhaus |
| Do., 5.2. | 15:00 Uhr | "Über das Für und Wider einer Regierungsbeteiligung der LINKEN" - offene Diskussionsrunde | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Mo., 9.2. | 18:00 Uhr | Südberatung der BO-Vorsitzenden aus dem Landkreis Rostock zur Vorbereitung der Kampagne gegen prekäre Arbeit | Güstrow | Bürgerhaus |
| Di., 10.2. | 18:00 Uhr | Kreisvorstand HRO | Rostock | Geschäftsstelle |
| Di., 17.2. | 18:30 Uhr | LRO-Kreisvorstand | Gnoien | Nudeloper |
| Mi., 18.2. | 10-16 Uhr | Rosa-Luxemburg-Stiftung: Kolloquium zur Agrargeschichte | Tellow | Thünengut |
| Mi., 25.2. | 16:30 Uhr | Sitzung des Kreistages | | |
| Mo., 9.3. | 15:00 Uhr | Frauentagsfeier LRO | Bad Dob. | Kornhaus |
| Di., 17.3. | 18:30 Uhr | LRO-Kreisvorstand | Kritzkow | "Strike" |
| Do., 19.3. | 14:30 Uhr | PEGIDA, HOGESA, AfD - Die neue Rechte in D und Mecklenburg-Vorpommern" (Referent: Peter Ritter, MdL) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Mi., 1.4. | 10-18 Uhr | Kolloquium der Rosa-Lux.-Stiftung: "Die Politische Wende 1989-92 an der Uni Rostock" | Rostock | Uni-Aula am Universitätsplatz |
| Sa., 11.4. | | Konferenz zur Kinder- und Jugendpolitik | | |
| Mi., 15.4. | 19:00 Uhr | Rosa-Luxemburg-Stiftung: Buchvorstellung "Marxismus" mit Prof. Fülberth | Rostock | Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21 |
| Fr., 17.4. | 18:00 Uhr | Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das Kapital im 21. Jahrhundert" (Referent: Dr. Joachim Bischoff) | Lütten-Klein | MGH Danziger Str. 45d |
| Do., 23.4. | 15:00 Uhr | Vortrag zu den vietnamesisch-deutschen Beziehungen (Eckhart Reschke) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| 23.-26.4. | | Zukunftskongress der LINKEN | Berlin | |
| Sa., 25.4. | N.N. | 2. Tagung des 4. Kreisparteitages HRO | Rostock | Waldemarhof |
| Do., 21.5. | 15:00 Uhr | "Arbeit des Kreisverbandes und Vorschau auf das Wahljahr 2016" (Referent: Dr. Carsten Penzlin) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Do., 2.7. | 15:00 Uhr | "Von Kinder- und Altersarmut und zu Fragen der Inklusion - Soziale Probleme in Rostock" (Referentin: Margit Glasow, Mitgl. d. Bürgerschaft und Vorsitzende des Sozialausschusses) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Do., 27.8. | 14:30 Uhr | "Linke Bildungspolitik in MV" (Referentin: Simone Oldenburg, MdL) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Do., 24.9. | 15:00 Uhr | Bericht über die Arbeit des Ortsbeirates Evershagen (H. Wullekopf und R. Orthmann) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |
| Do., 29.10. | 15:00 Uhr | "Die Rolle der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft" (Referent: Udo Wachtl) | Rostock-Evershag. | MGH Maxim-Gorki-Straße 52 |



Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Befund (von Janina Niemann-Rich)

Vergessen unmöglich
Verstehen niemals
Verzeihen undenkbar
Zeitheilung Lüge

Du (von Janina Niemann-Rich)

fühle nichts
deine Nähe Seelenfriedhof

Ehealltag (von Janina Niemann-Rich)

Grau in Grau
geschattete Nuancen deine Nähe



Griechenland: Solidarität im eigenen Interesse

Syriza hat die Wahlen in Griechenland gewonnen. Die neue griechische Regierung wird nun in Verhandlungen eintreten um die Situation in Griechenland, aber letztlich auch in ganz Europa zu verbessern. Ziel ist die Abkehr von der Strangulierung von Millionen Menschen durch die Austeritätspolitik von Merkel und Co. Jetzt muss auch der Druck in Deutschland gegen die Kürzungspolitik erhöht werden.

Keiner sollte sich Illusionen machen: der Wahlsieg von Syriza kann nur der Anfang sein, der weitaus schwierigere Teil steht noch bevor. Die versöhnlicheren Töne von Merkel kurz vor der Wahl in Griechenland waren ein Ablenkungsmanöver. Merkel und Co. werden weiter mit harten Bandagen für ihre Kürzungspolitik kämpfen. Weshalb?

Was den Euroländern aufgezwungen wurde, ist eine verschärfte Agenda 2010, die Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren Europas, einen Anstieg der Armut und massenhafte Entwürdigung von Betroffenen gebracht hat. Merkel und Co. verteidigen mit der Kürzungspolitik in Griechenland letztlich auch die Politik der Agenda 2010 in Deutschland.

Merkel wird alles dafür tun, dass die von ihr aufgezwungene Kürzungspolitik nicht ins Wanken gerät, dafür wird sie auch wieder mit dem Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone drohen.

Die Folgen für den Rest der Eurozone seien beherrschbar, heißt es. Richtig ist, dass deutsche Banken nicht mehr nennenswert in Griechenland investiert sind. Die vermeintlichen Rettungsgelder flossen ja zum übergroßen Teil direkt an Banken und andere Finanzinstitute, auch in Deutschland. Damit haften die anderen Staaten der Eurozone, vor allem Deutschland.

Ein Zahlungsausfall und Ausscheiden Griechenlands hätte damit schwere Folgen für den deutschen Staatshaushalt. Insofern ist schon klar: Merkel blufft.

Hinzu kommt aber: Mit einem Austritt Griechenlands wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der demonstriert: Die Währungsunion ist nicht länger unumkehrbar. Das wäre eine Einladung an alle Spekulanten, gegen den Euro zu spekulieren. Unvorsehbare, massive Turbulenzen drohen an den Finanzmärkten. Im Vergleich damit wäre der Fall von Lehman-Brothers wohl nur ein laues Lüftchen.

Letztlich droht ein Zerfall des Euros. Damit würde eine neue Währung für Deutschland notwendig, die dramatisch aufwerten würde. Vor allem für die deutsche Industrie und auch für die Beschäftigten in Deutschland sind die Gefahren riesig. Dies wissen auch Merkel und Schäuble. Deshalb können sie es sich letztlich nicht leisten Griechenland fallen zu lassen und den Euro zu gefährden.

Ein Ende der Austeritätspolitik bedeutet die Chance für bessere Lebensbedingungen für die Griechen, aber letztlich für Millionen Menschen, auch in Deutschland. Denn das Gegenmodell heißt höhere Binnennachfrage, also höhere Löhne, mehr dringend benötigte öffentliche Investitionen, lebensstandardsichernde Renten und der Kampf gegen Steuerhinterziehung sowie für höhere Besteuerung der Superreichen.

DIE LINKE wird sich massiv dafür einsetzen, dass der Druck auch in Deutschland wächst für ein Ende der Kürzungspolitik, zuerst in Griechenland, letztlich in ganz Europa. Doch entscheidend ist, dass auch außerparlamentarisch mehr Druck entsteht, vor allem seitens der Gewerkschaften. Solidarität mit Griechenland ist im ureigensten Interesse der Menschen auch hierzulande.

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE – 25. Januar 2015



Gewinner: SYRIZA. Die griechischen Linken gewinnen die Wahl und können Griechenland nun umgestalten. Wird es ihnen gelingen?

Verlierer: Herr Tillich, sächsischer Ministerpräsident, meint, dass der Islam nicht zu Sachsen gehört. Dass dies bald so sein wird, dafür werden Typen wie er schon sorgen.

Monatszitate

„Wer wesentliche Freiheit aufgeben kann um eine geringfügige bloß jeweilige Sicherheit zu bewirken, verdient weder Freiheit, noch Sicherheit.“ *Benjamin Franklin im Jahr 1775*

Monatszähl

100.000 Euro spendet die linke Bundestagsfraktion an die SOS-Kinderdörfer in ganz Deutschland. Die Kinder dort sollen selber entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben. Die Summe ergibt sich aus der Diätenerhöhung, die der Bundestag gegen die Stimmen der Linken vor einem Jahr beschloss. Unsere Abgeordneten entschieden, dieses Geld nicht zu behalten, sondern zu spenden. Weitersagen!!!

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. *Wie viele Sparten braucht ein Volkstheater, das den Namen noch verdient?*
2. *Wo fand der vergangene Landespartei-tag statt?*

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.03.2015